

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 110. Ratssitzung vom 1. Februar 2012

2283. 2009/164

Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Hedy Schlatter (SVP) vom 06.05.2009: Besetzung der Villa an der Seestrasse 426

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Monika Erfigen (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4344/2009): Das vorliegende Postulat wurde vor fast drei Jahren eingereicht. Inzwischen hat sich die Situation an der Seestrasse zum Glück normalisiert. Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 11. August 2007 die Villa an der Seestrasse 426 gegen den Willen der HauseigentümerInnen unter Schutz gestellt. Als im Mai 2009 die Villa von rund 15 Personen rechtswidrig besetzt wurde, war für den Stadtrat das Schicksal vom noch kurz vorher schützenswerten Gebäude kein Thema mehr. Man liess die BesetzerInnen gewähren. Im allgemeinen Interesse von gebeutelten EigentümerInnen, ob denkmalgeschützt oder nicht, muss über die stadträtliche Haltung gegenüber illegalen HausbesetzerInnen geredet werden. Aus dem Grund ziehen wir das Postulat nicht zurück und bitten um Unterstützung des Anliegens.*

Weitere Wortmeldungen:

***Mauro Tuena (SVP):** Einmal ist ein Haus an der Brandschenkestrasse besetzt, ein anderes Mal an der Uetliberg- oder der Badenerstrasse. Wir laufen Gefahr, dass sich diese Situationen häufen, weil sich in solchen Liegenschaften rechtsfreie Räume entwickeln. Die Polizei kommt dort nicht hinein und kann somit keine Kontrollen durchführen. Wenn es in der Stadt Sachbeschädigungen und dergleichen gibt, sind die AufrührerInnen meist aus den besetzten Häusern. Sie randalieren und ziehen sich dann wieder zurück. Ich möchte die Stadt eindringlich bitten, die Verhältnisse wiederherzustellen und solche illegalen Besetzungen nicht zu dulden.*

***Thomas Schwendener (SVP):** In Zürich-Nord gibt es auch wieder eine solche Liegenschaft, die kurzfristig besetzt wurde. Wenn direkt nebendran eine Wirtschaft ist, vor der im Sommer einige Leute stehen, fährt die Polizei vor. Doch illegale BesetzerInnen, die laut Musik hören und Schmutz hinterlassen, werden geduldet. Dies muss strikter gehandhabt werden.*

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass die Ratsmehrheit die Eigentumsfreiheit und Rechtssicherheit von ImmobilienbesitzerInnen ernst nimmt und die ganze Besetzungsgeschichte mit Kurskorrekturen in andere Bahnen lenkt. Offenbar war der Ermessensspielraum der Polizei in Sachen Seestrasse vorhanden, weshalb das Haus nicht geräumt wurde. An der Brandschenkestrasse gibt es jedoch keinen Ermessensspielraum, weil eine Abbruchbewilligung vorliegt. Doch der Stadtrat unterstützt lieber die alternativen kulturellen Bestrebungen, als eine Räumung anzukündigen. Das geht dort mittlerweile so weit, dass der Eigentümer und seine BauarbeiterInnen nicht mehr in das Haus kommen. Ich hoffe, dass in den nächsten Jahren so etwas wie eine Hausräumungsverordnung beschlossen wird, damit sich diese Situationen nicht wiederholen.

Urs Fehr (SVP): Scheinbar hat nur die SVP etwas zu diesem Thema zu sagen. Doch wenn irgendetwas in der Stadt passiert, sei es am 1. Mai oder bei anderweitigen Ausschreitungen, werden fleissig Fraktionserklärungen geschrieben und Null Toleranz gefordert. Doch die Chaoten in den besetzten Häusern müssen sich weiterhin nicht an das Gesetz halten. Ich habe mich schon immer daran gestört, dass die Stadt nur räumen will, wenn eine Abbruchgenehmigung vorliegt. Es geht hier um Privateigentum. Dass sie ihr Haus leerstehen lassen, ist der berechnete Entscheid der ImmobilienbesitzerInnen. Leute, die diese Häuser illegal besetzen, sind von dort zu vertreiben und einzusperren.

Roger Liebi (SVP): An der Friesenbergstrasse kamen aus einem besetzten Haus jeden Morgen junge Leute mit Anzug und Krawatte. Ich nehme an, die arbeiten in der Stadt Zürich. Ich wusste nicht, dass der Stadtrat neuerdings Leute unterstützt, die keine Steuern zahlen. Werden diese BesetzerInnen überhaupt überprüft?

Dr. Daniel Regli (SVP): Ich möchte mich bei der FDP bedanken. Sie hat uns ermöglicht, dass wir im Dezember 2011 eine dringliche Anfrage mit substanziellen Antworten einreichen konnten. In den letzten fünf Jahren wurden bei 16 polizeilichen Räumungen ganze sieben Leute verzeigt. Doch wir sprechen hier von hunderten von Menschen, die in den besetzten Häusern ein- und ausgehen. Die FDP sollte also nochmal darüber nachdenken, wie man das Ganze behandelt.

Michael Baumer (FDP): Wir ziehen den Vorstoss zurück, aufgrund der Diskussion, die heute geführt wurde. Was die Problematik betrifft, sind wir uns mit der SVP in vielen Dingen einig. Das hat aber alles nichts mit diesem Vorstoss zu tun, weil der zugrunde liegende Fall seit zwei Jahren erledigt ist. Eine Debatte wie diese führt zu nichts, eine Reglementsänderung müsste gefordert werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Der Stadtrat wird an seiner Praxis festhalten, die die Polizei in Bezug auf Besetzungen ausführt. Beim Amt für Baubewilligungen wird nicht getrickst. Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen, ist ein hoheitlicher Akt, der uns auch von übergeordneten Gesetzen vorgeschrieben wird. In diesem speziellen Fall ist das so geschehen. Der Umbau ging vonstatten und das Problem ist gelöst. Es liegt auf der Hand, was der beste Weg für dieses Postulat ist.

3 / 3

Das Postulat wird mit 26 gegen 95 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**Kopie vorab an:
VHB**